

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/176

Bonn, den 16. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Aus dem Tritt geraten</u> Zum Wahlkampfstil der Unions-Parteien	30
2 - 3	<u>"Was muß hier eigentlich geschehen..."</u> Das Würzburger Katholische Sonntagsblatt und Franz Josef Strauß Von Dr. Heinz Kornetzki	62
4	<u>Jugoslawien und die deutschen Wahlen</u> Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	43

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

In Moskau über Familienzusammenführung gesprochen
Der Kerker des Status quo
Selbstbestimmung bleibt auf der Tagesordnung
Nicht Mitläufer der Gewalt werden
Schickt mehr Jugendliche nach Polen
Gespräche mit tschechischen Lehrern
Verhängnisvolle Entscheidung von St. Germain
Oberschlesien wurde Staatssekretär
Wohner: Die Folgen einer völkerrechtlichen Anerkennung

* * *

Aus dem Tritt geraten

Zum Wahlkampfstil der Unions-Parteien

sp - Die Unionsparteien haben in diesem Wahlkampf die Kontrolle über sich selbst verloren. Sie schlagen wild um sich, allen voran die von Strauß geführte CSU, schütten über die Sozialdemokratie eine Fülle von Verdächtigungen, unterstellen ihr die bösesten Absichten und teilen heftige Schläge unterhalb der Gürtellinie aus. Frechheit und Unverschämtheiten kennzeichnen den Wahlkampfstil der CDU/CSU wie zu Adenauers und Erhards Zeiten.

Die Unionsparteien sind nervös und unsicher geworden, sie verloren die innere Souveränität und kamen aus dem Tritt. Sie zittern und fürchten um den Wahlausgang. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik taucht am politischen Horizont die Möglichkeit eines Führungswechsels in Bonn auf. Noch immer identifizieren sich die Unions-Parteien mit dem Staat. Die Vorstellung, im Bundestag einmal die Plätze der Opposition einnehmen zu müssen, flößt ihnen lähmenden Schrecken ein. Deshalb malen sie finstere Gespenster an die Wand, wollen Furchtkomplexe im Wählervolk erwecken, deshalb vermeiden sie die sachliche Auseinandersetzung mit dem großen politischen Gegner und nehmen Zuflucht in die Irrationalität.

Die Sozialdemokraten, die an die Vernunft glauben, zahlen nicht mit gleicher Münze heim. Sie halten nichts von Schimpfereien, aber sehr viel von sachlicher Information, auf die der mündige Bürger einen Anspruch hat. Das Bedürfnis danach ist groß. Die Sozialdemokraten halten sich an Realitäten, sie nähren keine Illusionen.

Die Unions-Parteien sind der sachlichen Auseinandersetzung nicht gewachsen und scheuen sie. Das bekommt ihnen nicht gut. Sie wollen die Veränderung der politischen Landschaft nicht begreifen und können sie deshalb auch nicht verstehen. Dieses Unvermögen versuchen sie durch maßlose Ausfälle und Beschimpfungen zu verdecken. Gewinnt man dadurch mehr an Selbstvertrauen? Mit gutem Grund ist dies wohl zu bezweifeln.

"Was muß hier eigentlich geschehen..."

Das Würzburger Katholische Sonntagsblatt und Franz Josef Strauß

Von Dr. Heinz Kornetzki

Wie sehr die CSU darauf bedacht ist, daß die Millionen-Leserschaft der sieben katholischen Bistumsblätter Bayerns "linientreu" bleibt, erhellen die Vorgänge um den Anti-Strauß-Kommentar im "Würzburger Katholischen Sonntagsblatt", dem Hausblatt Bischof Josef Stangls. Pikant an der Reaktion der Strauß-Partei ist, daß die Christenunion im Grunde im Gros der katholischen Wähler nichts anderes als - man darf es gelassen aussprechen - unkritisches Stimmvieh sieht.

Das geschah in Würzburg: Das "Sonntagsblatt" (Ausgabe vom 7. September) plädierte in einem ausdrücklich als "Kommentar" gekennzeichneten Beitrag für einen Rücktritt des CSU-Chefs. Grund dieser ungewöhnlichen Forderung war dem Kirchenblatt der Strauß-Vergleich von APO-Angehörigen mit Tieren, für die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich sei. Das Bischofsblatt verteidigte die in Unionskreisen unstrittene "Panorama"-Sendung und meinte, daß sich Strauß "zu Recht" gefallen lassen müsse, wegen seiner Äußerung "in die Nähe der NPD" gerückt zu werden. Wörtlich hieß es schließlich im Bischofsorgan:

- * "Es ist erstaunlich, wie lange sich hierzulande ein Politiker halten kann, der ja nicht zum ersten Male danebengegriffen hat. Es
- * scheint in unserem Staate üblich zu sein, daß unsere führenden
- * Repräsentanten auf ihren Ministersesseln kleben, mag da kommen,
- * was da wolle. Was muß hier eigentlich geschehen, bis bei uns ein
- * Politiker die notwendigen Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten
- * zieht?"

Die CSU in Unterfranken war angesichts dieser Kirchenblatt-Meinung in höchster Alarmstimmung. Man protestierte bei der Behörde des Bischofs und forderte eine Gegendarstellung im Umfang von vier-einhalb Schreibmaschinenseiten, die jeder rechtlichen Grundlage entbehrt. Ein bezeichnendes Licht auf das Demokratie-Verständnis der CSU werfen jedoch die Begleitumstände zu dieser Forderung. Der Kirchenblatt-Autor des Strauß-Kommentars wurde laut eigener Aussage vom CSU-Bezirksgeschäftsführer Unterfrankens dem Sinne nach mit den Worten bedroht: Wenn Sie nicht parieren, werden wir andere Seiten aufziehen.

Als Journalist einer Kirchenzeitung müsse man - laut CSU - doch wissen, daß 90 Prozent der Leser des Kirchenblattes "völlig dumm" seien und daß ein Anti-Strauß-Kommentar in einem Bischofsblatt diese Leser veranlassen würde, nicht mehr die CSU zu wählen.

Auch gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" präzisierte die CSU eine Vorstellung von Kirche und Politik, von der sich die deutschen katholischen Bischöfe längst distanziert haben und die erkennen läßt, daß diese Partei noch immer die Kirche und ihre Institutionen zur Wahlhilfe mißbrauchen will. Der CSU-Bezirksgeschäftsführer zum Münchner Blatt: "Ein solcher Beitrag ist in einem Bistumsblatt, das auch eine politische Richtung zu vertreten hat, mehr als eigenartig."

Die Aufforderung zum Rücktritt des CSU-Chefs durch ein katholisches Kirchenblatt, das auch noch in Bayern erscheint, veranlaßte auch das CSU-nahe "Fränkische Volksblatt" (Würzburg) zu einer Neuauflage der Untergangs-Version Adenauers. "Wer dieses tut, arbeitet für eine sozialistische Staatsführung unter Willy Brandt, die das zunichte macht, was Konrad Adenauer geschaffen hat", schrieb der Vorsitzende des CSU-Kreisverbandes Würzburg-Land an die Adresse der Bischofszeitung.

Das Würzburger Kirchenblatt hatte übrigens erst im Juli mit einem Grass-Interview das Mißfallen der CSU erregt. In der Ankündigung des Gesprächs mit dem Schriftsteller war von dem Bischofsblatt der rechtskonservative Vorwurf zurückgewiesen worden, die Literatur von Grass sei "pornografisch". Wörtlich hieß es: "Das tun meistens solche Leute, die von Literatur wenig oder gar nichts verstehen." Die CSU hatte im "Sonntagsblatt" aus Würzburg Wahlhilfe für die SPD entdeckt, weil Grass an kompetentem Platz die gezielten Vorwürfe zurückweisen konnte, er attackiere das Christentum, und weil er die Fragwürdigkeit einer Partei erläuterte, die sich ausdrücklich "christlich" nennt.

Jugoslawien und die deutschen Wahlen

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die jugoslawische Presse macht kein Geheimnis daraus, wen sie am liebsten als deutschen Wahlsieger sehen möchte: "Willy Brandt ist", so schreibt das äußerlich dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" angepaßte Belgrader Wochenblatt "Ekonomika Politika", "der Vertreter einer Partei mit einer anderen Auffassungsgabe als die anderen und vor allem der Repräsentant einer Organisation 'mit antinazistischer Vergangenheit'". Wem diese Argumente, die im nichtdeutschen Ausland sehr viel bedeuten, jedoch noch nicht ausreichen, der wurde, in Jugoslawien, durch die sogenannten "69 Argumente" der CSU überzeugt, von denen sich sieben Paragraphen direkt gegen die Einstellung Brandts zur Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wenden. Die Belgrader "Borba" kommentierte diese sieben Paragraphen wie folgt:

"Brandt werden, und das gleich in sieben Paragraphen, mehrere Sünden zugeschrieben, die er mit seiner Politik gegen Jugoslawien begangen haben soll. Er habe mit uns die diplomatischen Beziehungen wieder hergestellt, habe mit uns nicht so verhandelt, wie es nötig gewesen sei, nämlich von der Position der Stärke herab, er habe "unübersehbar die deutsche Position" geschwächt und nicht die außergewöhnlichen Ausgangspositionen der Bundesrepublik Deutschland gegen die Jugoslawen ausgenützt. Der Autor der 69 Thesen und seine Chefs haben, so sieht es aus, zu wenig aus der vergangenen und neueren Geschichte gelernt, vor allem aus jenem Kapitel der deutschen Politik, das sich auf Jugoslawien bezieht. Es wäre zu viel, wenn man sie an diese Lehren erinnern wollte, denn sie sind allen bekannt, und weder wir noch andere haben sie ohne Zahlung zu verteidigen, aber wir schätzen sie als Beitrag zum Frieden und zu unseren beidseitigen Beziehungen.

Schwierigkeiten für die Bundesrepublik Deutschland sieht die jugoslawische Presse natürlich für den Fall eines Erfolges der NPD voraus: "Mit 25 Abgeordnetensitzen müßten die Neonazis auch im Straßburger Parlament und in der EWG Stimme und Sitz erhalten, und das wäre etwas Neues für die Bundesrepublik Deutschland und ihre westlichen Alliierten, oder etwa nicht?" Während der slowenische "Delo" sich in Bezug auf die "Anerkennung" der KPD durch Kiesinger und von Hassel ganz einfach die Frage stellt, ob hier nicht mit zwei Mäßen gemessen werde, geht der kroatische "Vjesnik" etwas weiter und meint, vielleicht handele die Rechte nur aus Angst vor der Linken.

Daß man auch in Jugoslawien darunter nicht die "Demokratische Aktion" bzw. DKF versteht, macht ein Kommentar in der "Politika" deutlich, in dem darauf hingewiesen wird, daß sich die erste Mannschaft der neuen Kommunistischen Partei in den letzten Wochen so lange auf einer Tournee durch Moskau und Ostberlin aufgehalten habe, daß ihr jetzt kaum noch Zeit bleibe, sich mit ihren potentiellen Wählern bekannt zu machen.